

Bildung ist ein Menschenrecht

Damit Geflüchtete in Deutschland ankommen können, gibt es nichts Wichtigeres

03/2017



Bildung Bildung
Wissenschaft
Forschung

report biwifo

Bildung lernen

Bildung ist der Schlüssel, der Zugang in die Gesellschaft. Wir stehen vor dem Übergang in eine Wissensgesellschaft und müssen erkennen, dass der Umbau des Bildungssystems nicht vorgeht. Seit Jahren gibt es Veröffentlichungen, Studien, Statistiken, die uns unsere eigenen Defizite aufzeigen.

Der Zugang zu Bildung erhöht die Chancen für ein gelingendes Leben. Lernen ist aber mehr. Und eine Wissensgesellschaft braucht beides. Vor über 500 Jahren formulierte der Londoner Politiker Francis Bacon: „Wissen ist Macht“. Bildung wurde als nützlich betrachtet – und man sollte sie nutzen, um auf einem Gebiet Experte zu werden. Diese Perspektive wiederholt sich bei der Debatte über Digitalisierung. Das kann aber auch schief gehen. So starb Bacon bei dem Versuch, tote Hühner durch Ausstopfen mit Schnee haltbar zu machen. Und zwar an einer Lungenentzündung. Zweckorientiertes Wissen und Handeln reicht offensichtlich nicht. Man sollte sich – falls notwendig – auch warm anziehen.

Bildung ist wichtig – klar, weiß heute jeder und jede. Aber wirkliche Priorität hat sie nicht. Sonst könnte Deutschland nicht zulassen, für Bildung bezogen auf die Wirtschaftsleistung weniger auszugeben als Polen. Bildung ist oft etwas, was man seinen Kindern wünscht. Lernen sollen immer die anderen. Für uns selbst stehen oft die durch Bildung ermöglichten – jedoch nicht garantierten – Folgen im Fokus: Ein besseres Leben, mehr Geld, größere Chancen, Anerkennung. Es geht also selten darum, was wir können oder was uns begeistert. Hat unsere Gesellschaft eine Lernschwäche? Dagegen sehnen sich die nach Deutschland Geflüchteten, durch Bildung Teil der Gesellschaft zu werden.

Bildung, Wissen, Lernen sind auch Entwicklungshelfer. Deshalb ist Bildung richtigerweise ein Menschenrecht. Das Recht auf eigene Entfaltung setzt den Zugang zu Wissenssystemen, Bildungseinrichtungen und Qualifizierung voraus – unabhängig von der Herkunft. ●



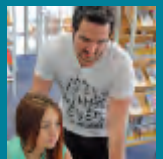
Ute Kittel

Mitglied des ver.di-Bundesvorstandes und Leiterin des Fachbereichs Bildung, Wissenschaft und Forschung

Inhalt

Schwerpunkt: Integration von Geflüchteten

Zentrales Thema für unseren Fachbereich	3
Rechte gelten für alle	3
Blick ins weltweite Klassenzimmer	4
Honorare und Qualität bei Deutschkursen liegen weit auseinander	5
Seit jeher international: das Studentenwerk Bochum	6
Stipendien für Wissenschaftler*innen aus Krisengebieten	6
Internationale Kinderstube	7
Ausgezeichnete Bibliothek Osnabrück	7
Auch in libanesischen Flüchtlingslagern muss das Menschenrecht auf Bildung eingelöst werden	8
Viel Engagement an der Uni Siegen – Interview mit Rektor Holger Burckhart	9



Bildungsstand im Bundestag – eine Recherche	10
Schnuppern an MINT-Fächern	11
Wissenschaftsunterstützendes Personal erforscht	12
Das gute Beispiel: Berliner Studierende gut organisiert	13
Entgeltordnung TV-L wird verhandelt	14
Seminare	14
Endlich geschafft!	15
Porträt Rainer Lübke	15
Zu guter Letzt	16
Mitglied werden	16

Impressum

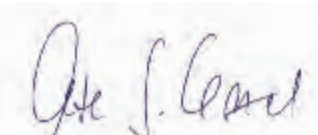
Der ver.di Report **biwifo** Nr. 03/2017 · Dezember 2017
 Herausgeber: Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di)
 Fachbereich Bildung, Wissenschaft und Forschung
 Paula-Thiede-Ufer 10 · 10179 Berlin

V.i.S.d.P.: Ute Kittel
 Redaktion: Carsten Bauer, Klaus Böhme, Katharina Common, Bernward Friedrich, Birthe Haak, Frank Hennig, Michael Niedworok, Harry Rettenmaier, Harald Giesecke
 Verantwortliche Redakteurin: Annette Jensen
 Internet: www.verdi.de
 Layout: einsatz, Wolfgang Wohlers
 Druck: apm AG Darmstadt, Kleyerstraße 3, 64295 Darmstadt
 Titelbild: Werner Bachmeier
 W-1728-58-1217

Die Artikel stellen die Meinungsvielfalt unseres Fachbereiches dar und spiegeln nicht in jedem Fall die Meinung des Bundesfachbereichsvorstandes wider.

Service

Fachbereich Bildung, Wissenschaft und Forschung
 Internet: www.biwifo.verdi.de
 Ansprechpartnerin biwifo-Report: Annette.Jensen@t-online.de



Bildung als Schlüssel zur Integration

Die Geschichte der Menschheit ist eine Geschichte der Migration. Flucht vor Krieg und Gewalt, Hungertod und Wassermangel hat es zu jeder Zeit gegeben. Neu ist, dass die Flüchtlingsbewegung von Afrika und Asien nach Europa 2015 so groß geworden ist, dass sie seither die gesellschaftspolitische Diskussion beherrscht. Auch in den Arbeitsfeldern unseres Fachbereichs sind die Auswirkungen sehr präsent: Viele Kolleg*innen sind unmittelbar mit den Herausforderungen von Integration beschäftigt – und zugleich konfrontiert mit politischen und gesellschaftlichen Defiziten. Der Fachbereich Bildung, Wissenschaft, Forschung hat als Erster in ver.di ein Arbeitspapier erstellt, das in Politik und Gesellschaft, aber auch in den Betrieben und Dienststellen Richtschnur für Integration sein kann. Alle Bereiche unseres Fachbereiches sind bei der Integration Geflüchteter von besonderer Bedeutung und insofern gefordert.

VON WIEBKE KOERLIN

Die Beschäftigten in der Weiterbildung tragen derzeit die Hauptverantwortung für die Erstkontakte. Aber auch an den Hochschulen sind Geflüchtete inzwischen angekommen, wollen ein Studium aufnehmen oder fortsetzen, stoßen dabei jedoch auf eine Vielzahl von Hemmnissen und brauchen Unterstützung. Diese Betroffenheit des Fachbereichs und das Wissen um die zentrale Bedeutung von Bildung für die Integration Geflüchteter motivierten den Bundesfachbereichsvorstand, eine Projektgruppe einzusetzen. Sie sollte Anforderungen an Geflüchtetenpolitik aus dem Blickwinkel aller Arbeitsfelder herausarbeiten und dabei insbesondere auch die Interessen von Frauen und Jugendlichen beachten.

Unsere Arbeitsplätze im Bildungsbereich waren immer schon nahe dran an jungen Menschen und Wissenschaftler*innen aus fast allen Teilen der Welt. Insofern hat unser Fachbereich eine lange Erfahrung mit interkulturellen Herausforderungen. Außerdem gibt es bei einem Großteil der Kolleg*innen auch einen ausgeprägten ideellen und emotionalen Zugang: Viele engagieren sich ehrenamtlich; Humanität und Solidarität sind

Triebkräfte unseres gewerkschaftlichen Tuns. Betroffenheit gibt es darüber hinaus durch Erfahrungen mit verdecktem und offenem Rassismus, der Kolleg*innen mit Migrationshintergrund ganz persönlich trifft.

Die Ergebnisse von Integration in den vergangenen Jahrzehnten überzeugen nicht. Hier tragen auch Gewerkschaften Verantwortung – und auch bei ihnen gibt es Defizite. Nicht nur sind Menschen mit Migrationshintergrund in vielen Bereichen unterrepräsentiert. Auch bei uns gibt es Menschen mit Vorurteilen über Geflüchtete. Das Arbeitspapier will einen wichtigen Beitrag leisten um gegenzusteuern. Es umfasst neben Analyseansätzen auch Forderungen, die wir in die Politik einbringen wollen – an den jeweiligen Orten unseres Handelns und in unseren unterschiedlichen Rollen.

Dazu gehört: Es bedarf wesentlich mehr Mittel für Integrations- und Sprachkurse. Hemmnisse bei der Aufnahme oder Fortführung eines Studiums müssen abgebaut werden. Geflüchtete brauchen eine gleichberechtigte Teilhabe an allen Formen moderner Kommunikation. Die Arbeitsbedingungen in der Weiterbildung müssen verbessert, Konzepte zur Integration Geflüchteter ausfinanziert werden. Bisher wird stark propagiert, dass Geflüchtete Zugang zum Arbeitsmarkt inklusive beruflicher Bildung bekommen. Dringend notwendig ist aber auch, sie dabei zu unterstützen, ein Studium aufzunehmen oder weiter zu führen. Hier muss sich auch gewerkschaftliches Handeln weiterentwickeln.

Was ansteht, ist der Transfer unserer Arbeitsergebnisse in die Praxis. Wir müssen versuchen, die entwickelten Forderungen zu gewerkschaftlichen Positionen zu machen. Und wir werden uns damit beschäftigen, wie wir uns für eine integrierende Gesellschaft einsetzen können, die sich durch Offenheit, Kommunikations- und Lernbereitschaft auszeichnet. Hier spielen die ver.di-Betriebsgruppen und Vertrauensleute eine große Rolle. Die Projektgruppe zielt darauf ab, dass das Arbeitspapier in Betrieben und Dienststellen Gewicht bekommt. ●

Das Arbeitspapier „Bildung ist der Schlüssel zur Integration“ findet sich unter biwifo.verdi.de

■ Das Recht auf Rechte

Seit dem verstärkten Zuzug von Schutzsuchenden nach Deutschland war viel die Rede von beruflicher Integration und gesellschaftlicher Teilhabe. Doch was ist seitdem passiert? Das im vergangenen Jahr verabschiedete Integrationsgesetz recycelte gescheiterte arbeitsmarktpolitische Instrumente wie Ein-Euro-Jobs. Verknüpft wurden sie erneut mit der Drohung von Leistungskürzungen. Wenig zu tun hat das Gesetz mit einem Konzept, das der Arbeits- und Ausbildungsförderung der überwiegend jungen Geflüchteten einen hohen Stellenwert einräumt.

Und dennoch ist im Dschungel der unzähligen arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen viel passiert: Unterstützt durch zahlreiche ehren- und hauptamtliche Flüchtlingshelfer*innen und nicht zuletzt aufgrund der hohen Motivation der Geflüchteten haben viele einen beruflichen Einstieg gefunden oder befinden sich in Sprach- oder Integrationskursen. Doch die fehlende Rechtssicherheit beim Aufenthaltsstatus, die Bedrohung durch Abschiebungen und die Aussetzung des Familiennachzugs tragen zu neuer Unsicherheit und einer unklaren Perspektive bei. Unter dem Druck von Rechtsfunk die Politik unaufhörlich dazwischen und riskiert fatalerweise, dass Geflüchtete und Helfer*innen resignieren und aufgeben. Dieser Entwicklung müssen wir gewerkschaftlich entgegenreten.

Wer Integration will, muss die Rahmenbedingungen dafür schaffen, dass sie gelingt. Neue Formen der Entrechtung und neue Unsicherheiten für Geflüchtete sind dabei der falsche Weg. ●

Romin Khan

Weltweites Klassenzimmer

„Wir finden für jeden einen passenden Kurs“, verspricht Gaby Wegscheider, bei der Volkshochschule Berlin Mitte für Deutschangebote zuständig. Zu den Anmelde- und Sprechzeiten kommen jeden Tag etwa 80 Menschen und warten auf eine Beratung und einen Einstufungstest. „Wir freuen uns, dass es so viele sind“, sagt Wegscheider und erzählt, dass ihre Kolleg*innen regelmäßig die Flüchtlingsunterkünfte besuchen, um die dort Wohnenden über die Möglichkeiten zu informieren. Allein 60 Intergrationskurse vom Bundesamt für Migration laufen parallel; sie starten zeitversetzt, sodass es für Neue immer möglichst schnell losgehen kann.

125.510 Berechtigungen zur Teilnahme an Integrationskursen hat das „Bundesamt für Migration und Flüchtlinge“ (BAMF) im ersten Quartal 2017 erteilt, 2016 waren es insgesamt 534.648. Diese Kurse werden für Asylbewerber*innen „mit guter Bleibeperspektive“, Geduldete und Inhaber*innen einer Aufenthaltserlaubnis angeboten. Sie umfassen einen Sprachkurs mit 600 und einen Orientierungskurs mit 60 Stunden. Darüber hinaus gibt es weitere Sprachkursangebote, die zum Teil vom Bund, den Ländern, Kommunen oder Selbstzahlern finanziert werden und je nach Aufenthaltsstatus unterschiedlichen Gruppen offen stehen. ●

Drei Wochen habe er warten müssen, bis der Kurs anfang, berichtet Mahmoud* aus Syrien. Es sei wirklich einfach gewesen, einen Platz zu bekommen, bestätigen auch Ali Abed Alshar aus Afghanistan und Salma aus Ägypten. Heute steht in ihrem B1-Seminar die Wiederholung des Konjunktivs auf dem Lehrplan. Lehrer Klemens Schütz verteilt Karten mit Wortreihen und fordert die 15 Anwesenden auf, sich durch den Raum zu bewegen, bei jeder Begegnung vollständige Sätze zu bilden und dann die Karten auszutauschen. „Ich bin arbeitslos. Ich hätte gerne einen Job,“ sagt Mahmoud. „Es gibt Eis. Ich würde gerne Joghurt essen“, antwortet sein Gegenüber. Sie drücken sich gegenseitig die Karten in die Hand und schlendern weiter.

Jeden Tag fünf Stunden dauert der Unterricht. „Ich würde gerne noch schneller lernen“, sagt der 24-jährige Mahmoud, der in seiner Heimatstadt Aleppo als Schneider gearbeitet hat. Doch er weiß nicht, wie er deutschsprachige Gesprächspartner*innen finden kann. Mahmoud lebt noch immer in einer Massenunterkunft in Berlin-Marzahn. Es sei schwer, sich im Heim auf die Hausaufgaben zu konzentrieren, erzählt er. Jeden Morgen fährt er eine Stunde mit der U-Bahn zum Kurs und mittags wieder zurück. Oft schwirrt ihm der Kopf von Erinnerungen und Sorgen. Vor zwei Jahren ist er mit seiner Familie aus Syrien abgehauen: In der Straße, in der er aufgewachsen ist, steht so gut wie kein Haus mehr. Sein Vater ist schwer krank, der Onkel tot. „Viele Probleme“, murmelt Mahmoud und scrollt hektisch durch ein paar Nachrichten auf seinem Smartphone. Seine Eltern ließ er in der Türkei zurück, zusammen mit seinem jüngeren Bruder machte er sich auf in Richtung Nordwesten. Ihr Boot kenterte, schwimmend erreichten sie Griechenland – und dann wanderten sie weiter. Es dauerte viele Monate, bis Mahmoud in Berlin die notwendigen Papiere zusammen hatte. Nun hat er Angst, dass er irgendwann zurück muss. Dabei will er vor allem eines: Hier endlich richtig ankommen. Im Fernsehen hört er, dass viele Menschen meinen, die Flüchtlinge wollten gar kein Deutsch lernen. Wieso denken sie das? Eine Frau vom Jobcenter hat ihm gesagt, dass sie ihm mit B2-Sprachniveau vielleicht eine Ausbildungsstelle als Mechatroniker besorgen könne. „Das ist mein Traum seit ich bin neun Jahre,“ sagt Mahmoud.



Ali Abed Alshar

Foto: Annette Jensen

Die meisten Schüler*innen im Deutschkurs von Klemens Schütz kommen aus dem arabischen Raum, aber auch Menschen aus Ghana oder Kolumbien büffeln hier zusammen. Viele sind geflüchtet, manche zum Arbeiten nach Deutschland gekommen, auch die Teilnehmerin eines Jugendaustauschprogramms ist dabei. Einige im Raum kennt Klemens Schütz vom ersten Tag an, doch nicht alle halten die insgesamt 600 Stunden bis B2 durch oder fehlen zwischendurch häufiger. Die Gründe sind vielfältig: Manchen können wegen schlimmer Erinnerungen kaum schlafen, andere jobben. Die Firmen suchen aber nur Putzhilfen und Bauarbeiter, berichtet die gelernte Medizintechnikerin Dima Alwadi aus Syrien. Die 27-Jährige möchte gerne so schnell wie möglich ein Masterstudium anfangen und dann auch langfristig in Deutschland bleiben. Leider sei es für Frauen mit Kopftuch hierzulande generell schwer, eine qualifizierte Arbeit zu finden, meint sie. Doch sie ist bereit, dafür alles zu tun. ●

Annette Jensen

* Mehrere Geflüchtete wollten nur mit Vornamen genannt werden.

Wenig Geld für wichtige Arbeit

Die Sprachschule Inlingua verlangt von den Dozent*innen einen Uniabschluss, Erfahrung in der Erwachsenenbildung und einen Führerschein. Welches Studium – davon steht nichts auf ihrer Homepage. Und überhaupt: Die Erfüllung der Kriterien führe lediglich dazu, „bevorzugt“ berücksichtigt zu werden.

Wer die Internetseite des Bildungswerks der niedersächsischen Wirtschaft (bnw) besucht, erfährt nicht nur, dass hier eine Dozentin gerne „wer wird Millionär“ mit den Lernenden spielt. Bezahlt werden die Festangestellten gemäß Mindestlohn in der Weiterbildung im SGB II und III Bereich – das sind ab Januar 2017 nicht ganz 2.600 Euro brutto. ●

Nichts Genaues weiß man nicht

Durch das Zuwanderungsgesetz von 2005 wurde das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) zuständig für die Vergabe von Integrationskursen. Die Honorare der Dozent*innen waren miserabel. Viele Jahre verlangte das BAMF von den Trägern, einen Stundensatz von 20 Euro je Unterrichtsstunde zu zahlen. Wer sich nicht daran hielt, wurde keineswegs von der Vergabe ausgeschlossen, sondern musste lediglich rascher als üblich die Wiederzulassung als anerkannter Träger beantragen. Mit dem Zuzug Hundertausender Geflüchteter seit Sommer 2015 ist viel Bewegung in den Weiterbildungsmarkt gekommen.

VON PETER SCHULZ-OBERSCHELP

Um überhaupt genügend Lehrkräfte für die nötigen Kurse zu haben, änderte das BAMF seine Politik. Es erhöhte nicht nur die Entgelte für die Teilnehmerstunden, sondern fordert nun auch 35 Euro Honorar pro Stunde für die Unterrichtenden. Zugleich senkte es die zuvor sehr hohen Qualifikationsanforderungen deutlich.

Vor der Ausweitung der Deutschkurse für die Geflüchteten gab es bundesweit etwa 22.000 zugelassene Dozent*innen – im Januar 2017 waren es dann 39.000. Bis August 2015 waren monatlich etwa 500 bis 600 Anträge auf Zulassung als Lehrkraft beim BAMF eingetroffen,

danach gab es einen sprunghaften Anstieg auf 2000 – 3000 Bewerber*innen pro Monat. All das betraf allerdings nur den Bereich der vom BAMF veranlassten 600-stündigen Integrationskurse. Zwischenzeitlich wurde klar: Ohne ausreichende Deutschkenntnisse gibt es keine Chance auf eine berufliche Integration – doch für berufsspezifische Kenntnisse sind die Deutschkurse des BAMF nicht konzipiert. Benötigt werden deshalb auch Kurse für ein erhöhtes Sprachniveau und zur Alphabetisierung.

Inzwischen gibt es einen riesigen Bereich von Deutschkursen, die von verschiedenen Akteuren wie Jobcentern, Landesregierungen und BAMF initiiert werden. Sowohl Bezahlung als auch das geforderte Qualifikationsniveau der Beschäftigten variieren deutlich. Nach Angaben der VHS Hannover Land reicht die Spanne der Honorarsätze von 18 bis 35 Euro je Unterrichtsstunde. Mit der Aufnahme von „arbeitnehmerähnlichen Beschäftigungen“ in die Honorarordnung zahlt die VHS Hannover Land einen Teil der Sozialversicherung der Honorarkräfte. Andere Träger weigern sich standhaft, den gesetzlich geregelten Mindesturlaub zu vergüten oder drücken sich mit waghalsigen Begründungen um die Zahlung herum wie beispielsweise die VHS Osnabrück. Nach deren Ansicht könne „das Bestehen von Ansprüchen auf Ehegattenunterhalt“ dazu führen, die wirtschaftliche Abhängigkeit von Dozent*innen und damit die Arbeitnehmerähnlichkeit aufzulösen. ●



Foto: Privat

Bericht einer Dozentin

Ich habe Deutsch als Zweitsprache (DAZ) studiert und unterrichte Menschen, die sich auf die Uni vorbereiten oder in akademischen Zusammenhängen arbeiten. Obwohl da inhaltlich und auch sprachlich sehr viel abverlangt wird, bekomme ich deutlich weniger als 35 Euro pro Unterrichtseinheit wie in BAMF-Kursen. Zwar ist das inhaltlich spannender, jedoch zugleich paradox und absurd: Die Honorare richten sich danach, ob der Bund, das Land oder die Kommune den Kurs finanziert. Als ich angefangen habe, gab es zwischen 11,50 und 16 Euro pro Stunde. Davon kann man nicht leben.

Angemessen wären 60 bis 65 Euro, wenn man das mit der Arbeit von Lehrern an Berufsschulen vergleicht. Viele von uns können keine Rentenversicherung zahlen, obwohl wir dazu verpflichtet sind. Auch anderweitig ist es kaum möglich, der Altersarmut zu entgehen. Ich habe zusammen mit einem Kollegen vor vier Jahren eine Initiative an der VHS in Leipzig gegründet, und wir gehören auch zum bundesweiten DAZ-Bündnis. ver.di unterstützt uns sehr. ●

Ulrike Pfeifer



Foto: Werner Bachmeier

Foto: privat



„Mr. Zuverlässigkeit“ – seit über 25 Jahren Fahrer und Transporter im Studierendenwerk Bochum

Weltgesellschaft im Bochumer Studierendenwerk

Beim Studierendenwerk Bochum sind wir seit Jahrzehnten international, viele Kolleg*innen haben außerhalb Deutschlands ihre familiären Wurzeln. Menschen aus 42 Nationen arbeiten hier zusammen. Vor vielen Jahren haben wir eine Abteilung Internationales geschaffen, weil auch die Studierenden sehr international sind. Vor allem Geflüchtete haben einen hohen Beratungs- und psychologischen Betreuungsbedarf. Diese Abteilung ist fürs Renommee sehr gut – Deckungsbeiträge generiert sie allerdings kaum.

Integration auch von Geflüchteten ist bei uns selbstverständlicher Alltag. Da ist zum Beispiel Ali. Er stammt aus Afghanistan und musste sein Land schon 1989 aufgrund der Kriegswirren verlassen. Seit über 25 Jahren arbeitet er als Fahrer und Transporter bei uns – so werden die Zulieferer genannt, die an der Ruhr-Uni die Cafeterien und die Außenstellen mit Waren beliefern. Ali hat im Team den Titel „Mister Zuverlässigkeit“ erworben, denn er arbeitet gerne und viel. Und er hat Humor. Oft habe ich ihn zur Begrüßung gefragt: „Na Ali, wie geht es Dir und Deinen 40 Räubern?“ Er erklärte mir dann immer, dass sie inzwischen 42 Räuber seien – schließlich habe er ja auch noch zwei Söhne.

Ezzedine ist in Tunesien aufgewachsen und lebt schon fast 30 Jahre in Deutschland. Nach sei-

ner Aus- und Weiterbildung in der Hotellerie hat er sich bei uns als stellvertretender Mensaleiter beworben und diese Stelle auch bekommen. Inzwischen leitet er die Mensa. Ezzedine ist verheiratet, hat zwei Kinder und engagiert sich außerdem politisch und ehrenamtlich in politischen Gremien und diversen Vereinen. Und er liebt den Fußballverein aus Gelsenkirchen, der Stadt in der er wohnt und lebt.

Als Mitglied des Personalrates war ich bei vielen Vorstellungsgesprächen dabei. Vielfältige Menschen aus ganz unterschiedlichen Ländern haben sich beworben – und ich habe häufig erlebt und gestaunt, mit welcher Energie und Freude sie Teil unserer Gesellschaft werden wollten. Inzwischen bin ich in der Ruhephase der Altersteilzeit, aber die Kolleg*innen berichten, dass selbstverständlich auch jetzt wieder Geflüchtete in die Belegschaft integriert werden. Da ist zum Beispiel Mohammad, der seit einem Jahr im Hausdienst der Mensa arbeitet. Früher war der 38-Jährige Schneider im syrischen Aleppo, jetzt lebt er mit seiner Frau und den beiden Kindern in Deutschland; wie jeder Fernsehzuschauer weiß, versinkt seine Heimatstadt im Krieg. Auch ein junger Geflohener aus Guinea gehört seit August dazu und macht jetzt in der Mensa seine Ausbildung zum Koch. ●

Reinhard Dudzik

Plattform zur Vernetzung

Die Plattform Chance for Science vernetzt geflüchtete Wissenschaftler*innen mit Fachkolleg*innen und deutschen Forschungseinrichtungen. Ziel ist es, den Geflüchteten den Zugang zu Bibliotheken und Konferenzen zu erleichtern und auch Kontakte für gemeinsame Forschungsvorhaben zu ermöglichen. Auch Studierende können sich hier untereinander verbinden. ●

www.chance-for-science.de

Stipendien für gefährdete Forschende

Die Alexander von Humboldt-Stiftung hat erneut 41 Forschungseinrichtungen ausgewählt, die 56 gefährdete ausländische Wissenschaftler*innen zwei Jahre lang aufnehmen. Die Forschenden kommen überwiegend aus der Türkei, aber auch aus Syrien, dem Irak, Venezuela, dem Jemen und der Ukraine.

Beworben hatten sich 68 Hochschulen und Forschungseinrichtungen mit Konzepten zur persönlichen und wissenschaftlichen Einbindung von 114 Wissenschaftler*innen. Es war die dritte Runde der Philipp Schwartz-Initiative – benannt nach dem Pathologen jüdischer Abstammung, der 1933 vor den Nationalsozialisten aus Deutschland fliehen musste und die „Notgemeinschaft deutscher Wissenschaftler im Ausland“ gründete.

Der Generalsekretär der Alexander von Humboldt-Stiftung Enno Aufderheide sagte: „Dass wir mehr Bewerbungen denn je erhalten haben zeigt, wie groß der Druck auf kritische und unabhängige Köpfe in vielen Ländern ist.“ Auch an der Freien Universität Berlin sind zwei Stipendiaten untergekommen. Die FU engagiert sich schon länger auf diesem Gebiet; sie war das erste deutsche Mitglied des 2013 gegründeten Netzwerks „Scholars at Risk“.

Die Helmholtz-Gemeinschaft hat ein Programm für Geflüchtete aufgelegt: Gemeinsam mit der Bundesagentur für Arbeit bietet sie Einstiegsmöglichkeiten in eine wissenschaftliche oder wissenschaftsnahe Beschäftigung. Mittelfristig sollen mit der Initiative bis zu 300 Menschen integriert werden. ●



Kompetenzen für Kitas

www.bw-verdi.de/kitainternational

Geflüchtete als Lehrer*innen

In Brandenburg arbeiten seit diesem Herbst 28 Geflüchtete in ihrem erlernten Beruf als Lehrer*innen. Vor zwei Jahren hatte die Universität Potsdam unter hunderten von Bewerber*innen 75 ausgewählt, die neben einem Intensivdeutschkurs auch Didaktikseminare und Praktika in Schulen absolvierten. Nun sind sie zunächst für ein Jahr als Hilfslehrkräfte an brandenburger Schulen eingesetzt.

In der Zwischenzeit starteten weitere Kurse. Auch an der Universität Bielefeld gibt es ein ähnliches Programm. Darüber hinaus hat das brandenburgische Bildungsministerium auch für geflüchtete Erzieher*innen ein Projekt gestartet mit dem Ziel, dass sie in deutschen Kitas arbeiten. ●

In den vergangenen zehn Jahren hat der Anteil an Kindern unter fünf Jahren mit Migrationshintergrund erheblich zugenommen. Aktuell liegt ihr Anteil deutschlandweit bei 35 Prozent, in Bremen sogar bei 52 Prozent. Der Zuzug vieler Geflüchteter verschärft den Handlungsbedarf – denn die OECD bescheinigt Deutschland, zu den Schlusslichtern bei der gesellschaftlichen Integration benachteiligter Gruppen zu gehören.

Für die langfristige Teilhabe aller kommt Kitas eine sehr große Bedeutung zu. Unter den gegenwärtigen Rahmenbedingungen ist es dort oft schwer, auf die individuellen Bedarfe der einzelnen Kinder einzugehen. Darüber hinaus gibt es sprachliche und kulturelle Barrieren mit den Eltern der Flüchtlingskinder und nicht zuletzt Vorurteile bei Erzieher*innen und Eltern anderer Kinder.

Nach dem SGBVIII hat jedes Flüchtlingskind einen Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz, sobald die Familie offiziell „geduldet“ ist. Viele kommen aus Herkunftsländern, in denen Kinderbetreuung

außerhalb der Familie unüblich ist, weswegen viele Eltern skeptisch sind.

Das Projekt KITA international vom Bildungswerk ver.di Niedersachsen läuft seit September 2016 in den Städten Bremen, Hannover, Köln, Wuppertal und Berlin. Es geht das Problemfeld ganzheitlich an – auf Organisationsebene ebenso wie auf der der vielfältig Beteiligten. Die Erzieher*innen werden in ihrem pädagogischen Handeln gestärkt und erhalten Hintergrundwissen über Kulturen, Religionen und Spracherwerb. Zugleich werden Rahmenbedingungen, Konzepte, Curricula, gesetzliche Bildungsaufträge und vorhandene Kompetenzen abgeglichen und die Eltern einbezogen. Das Projekt versteht sich als Teil einer Qualitätsoffensive für frühkindliche Bildung, das über Sprachförderung hinaus umfassend soziales und interkulturelles Lernen fördert. Das Projekt wird unterstützt über das ESF-BMAS Programm „Fachkräfte sichern: Weiterbilden und Gleichstellung fördern“ mit knapp einer Million Euro. ●

Anja Kramer

Ausgezeichnete Bibliothek

Die Mitarbeiter*innen der Stadtbibliothek Osnabrück haben ein langjährig erprobtes, stetig weiter verbessertes Bibliothekskonzept für Zuwanderer entwickelt. Dafür zeichnete die vgh-Stiftung sie 2015 mit dem Bibliothekspreis aus. Das vielfältige Engagement zielt darauf ab, Zugezogene aus aller Welt dabei zu unterstützen, in Osnabrück heimisch zu werden. So gibt es nicht nur eine Medienauswahl in derzeit zehn Sprachen, sondern auch ein großes Sortiment an Sprachkursen für Anfänger*innen und Fortgeschrittene sowie Materialien für Multiplikator*innen. Ein Sprachatelier erlaubt das selbständige Deutschlernen am PC. Gemeinsam mit den Integrationslotsen der Stadt wurden Bibliotheksführungen und Bibliothek-Rallyes erarbeitet.

Auch viele Veranstaltungen sind auf die Bedürfnisse von Neuzugezogen zugeschnitten.

Das Programm reicht von Bilderbuchkinovorführungen über mobiles Kamishibai (Tischtheater) bis hin zu mehrsprachigen Lesungen.

Im Rahmen einer Ausstellung wurden Texte von Geflüchteten präsentiert. Besonders gut kommen die kostenlosen Kommunikationskurse „Spaß mit Deutsch“ und „Mach mit“ an, die ehrenamtliche Sprachlernhelfer*innen in den Räumen der Stadtbibliothek anbieten. Und schließlich gibt es auch noch eine gute Vernetzung und intensive Kooperation mit anderen städtischen Einrichtungen, mit Schulen, Kindergärten, Familienzentren und Privatinitiativen, wodurch die Bibliotheksarbeit in Osnabrück besonders wirkungsvoll wird. ●

Martina Dannert

Foto: Stadtbibliothek Osnabrück



Fast 50 Millionen Kinder und Jugendliche weltweit haben Flucht oder Migration erfahren – in mehr als der Hälfte der Fälle mussten sie ihr Zuhause aufgrund von Gewalt und Konflikten verlassen. Ihr Zugang zu Bildung ist meist nicht gesichert: Die Wahrscheinlichkeit, dass sie keine Schule besuchen, ist fünfmal so hoch wie bei anderen Kindern. Nur die Hälfte aller geflüchteten Kinder geht in ihrem Aufnahmeland in eine Grundschule, weniger als ein Viertel besucht die Sekundarstufe. Diese erschreckenden Zahlen betreffen den armen Libanon genauso wie das reiche Deutschland. Damit geflüchtete Kinder nicht als „verlorene Generation“ heranwachsen, bemüht sich die internationale Gemeinschaft, ihnen den Zugang zu Bildung zu ermöglichen. Schließlich handelt es sich dabei um ein elementares Menschenrecht, das eng verknüpft ist mit wichtigen Lebens- und Entwicklungschancen für die Einzelnen und die Gesellschaft. Bildung ist Teilhabe – und zwar in politischer, sozialer, kultureller, gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Hinsicht.

Menschenrecht auf Bildung – nicht eingelöst



Kinder spielen Schule in einem libanesischen Flüchtlingslager in der Nähe von Sidon

Foto: UNHCR – Refugees Media

Kinder zugänglich machen, unabhängig von ihrer Herkunft und ihrem Aufenthaltsstatus.

Das Beispiel Libanon zeigt, wie schwierig der Zugang zu Bildung für geflüchtete Kinder ist in einem Land mit hohem Armutsniveau und großen Infrastrukturproblemen. Im Zuge der Konflikte in Syrien und im Irak wuchs die Bevölkerung um 25 Prozent – Wohnraum und Arbeitsmöglichkeiten verknappten sich dadurch noch weiter. 70 Prozent der geflüchteten Syrer*innen im Libanon leben unterhalb der Armutsgrenze, vielfach in selbstgebaute Behausungen aus Holzbrettern und Plastikplanen. Kinder leiden unter den prekären Bedingungen in besonderer Weise und sind von Gewalt, Ausbeutung, Missbrauch und Menschenhandel bedroht. Verschuldete Familien schicken ihre Kinder nicht zur Schule, sondern zur Feldarbeit, Mädchen werden unter dem Deckmantel der „Zeitehe“ zur Prostitution gezwungen. Zudem sind Schulen weit weg und oft viel zu teuer.

Es ist zu begrüßen, dass Deutschland in Bildungschancen im Libanon investiert. Gleichzeitig gelingt es der Regierung im eigenen Land erschreckend schlecht, das Recht auf Bildung für geflüchtete Kinder umzusetzen. Kürzlich kam eine UNICEF-Studie zu dem Ergebnis, dass Deutschland erhebliche Probleme mit der Beschulung der 350.000 Kinder und Jugendlichen hat, die in den vergangenen beiden Jahren ins Land gekommen sind. Wenn die Politik nicht aktiv gesteuert, besteht hier genau wie in anderen Ländern die Gefahr, dass eine ganze Generation ohne Lebensperspektive aufwächst. ●

Felix Braunsdorf

Wortwahl

Asylsuchende*r oder Asylant*in: Auch wenn sich anhand der Endung „-ant“ nicht automatisch eine abwertende Bedeutung ablesen lässt, so ist das Wort durch den Gebrauch vor allem in rechten Kreisen vorbelastet. Als Alternative bieten sich die neutralen Formulierungen Asylsuchende*r und Asylberechtigte*r an.

Flüchtling oder Geflüchtete*r: Beide Formen sind verbreitet. Das Suffix „-ling“ hat oft eine eher negative Konnotation, obwohl es auch neutral verwendet wird, wie etwa in „Flüchtlingsrat“ oder „Flüchtlingskonvention“. Das Wort „Geflüchtete*r“ ist weniger vorbelastet. Beide Wörter stammen übrigens vom Verb „flüchten“ ab, das ein unfreiwilliges Fliehen vor Gefahr bedeutet, während „fliehen“ („Geflohene*r“) auch das freiwillige Ausweichen umfasst. ●

abrüsten statt aufrüsten

Die Bundesregierung plant, die Rüstungsausgaben auf zwei Prozent der Wirtschaftsleistung zu erhöhen – da bedeutet nahezu eine Verdopplung der Ausgaben. So wurde es in der NATO vereinbart. Dagegen formiert sich massiver Widerstand. ver.di-Vorsitzender Frank Bsirske gehört zu den Erstunterzeichnern eines einer Unterschriftensammlung. ●

<https://abruesten.jetzt/>

Um die Situation insgesamt zu verbessern, bedarf es internationaler Unterstützung, die den Auf- und Ausbau der Bildungsinfrastruktur für alle Kinder fördert. Das Bildungsprogramm RACE („Reaching all children with education“), das Deutschland maßgeblich finanziert, soll Kinder überall im Libanon in die öffentlichen Schulen bringen. So konnten im Schuljahr 2016/2017 immerhin über 200.000 syrische Kinder eine öffentliche Schule besuchen. Für das Schuljahr 2017/2018 will Deutschland mit 80 Millionen Euro gut 276.000 libanesischen und nicht-libanesischen Kindern den Schulbesuch ermöglichen. Gerade ein inklusiver Ansatz ist hier wichtig: Entwicklungsgelder sollten so investiert werden, dass sie Bildung für alle

Holger Burckhart ist Philosophie-Professor und seit 2009 Rektor der Universität Siegen. Im Sommer 2015 hat seine Hochschule sofort Notunterkünfte bereitgestellt und Hilfe für Geflüchtete organisiert

Foto: Universität Siegen



„Wir würden es wieder tun“

biwifo: Sie haben 2015 dafür gesorgt, dass die Türen für Geflüchtete an Ihrer Universität ganz weit aufgemacht wurden, und Sie haben sehr vernehmlich für „Integration durch Bildung“ plädiert. Was hieß das praktisch?

Holger Burckhart : Das Schlagwort „Integration durch Bildung“ gibt es ja seit Jahren. Wir haben es mit Leben gefüllt, indem wir ein umfangreiches Bildungs- und Betreuungsangebot gemacht haben. Als im Sommer 2015 die ersten Geflüchteten Zuflucht in unserer Uni-Sporthalle gefunden haben, hat sich ein überwältigendes Engagement entwickelt. Wir haben dieses Engagement gefördert, indem wir ehrenamtliche Hilfe und Projekte unterstützt haben. Wir haben einen Ideenwettbewerb ausgerufen und ein Budget von bis zu 200.000 Euro bereitgestellt, um damit Projekte und die Stellen von mehr als 30 studentischen Hilfskräften im Bereich Geflüchtetenhilfe zu finanzieren.

Was ist daraus entstanden?

Internationale Studierende haben als Dolmetscher geholfen, wenn es zum Arzt ging oder Formulare ausgefüllt werden mussten. Wir konnten eine Kinderbetreuung inklusive Märchenstunde anbieten, außerdem Sportkurse. Im Juni 2015 hat sich die Initiative „Refugees Welcome Siegen“ gegründet. Sie hat Sprachkurse koordiniert, Studierende der Lehramtsstudiengänge und der Germanistik haben Deutsch auf verschiedenen Niveaus unterrichtet. Die Initiative hat Kleidung, Hygiene-Artikel und weitere Spenden gesammelt und verteilt. Darüber hinaus gab es ein Internet-Café, so dass Geflüchtete Kontakt zu ihren Familien in der Heimat aufnehmen konnten. Wir haben Flüchtlingen auch Zugang zu den Bildungsangeboten der Universität ermöglicht, zum Beispiel durch ein kostenfreies Gasthörer-Studium.

Wie sieht die Bilanz jetzt zwei Jahre später aus?

Das Zusammenspiel vieler verschiedener Kräfte an unserer Hochschule hat sich zu einem Beispiel für gesellschaftliches Engagement entwickelt. Mich freut, dass vieles, was während des Sommers 2015 initiiert wurde, auch heute noch besteht. Die Initiative „Refugees Welcome“ betreibt weiterhin einen Kleiderladen und engagiert sich. Wir bieten das „Vorstudium für Geflüchtete“ im Rahmen des Landesprogramms NRWege an. Es bietet Geflüchteten die kostenlose Teilnahme an Vollzeitsprachkursen und wird mit der DSH-Prüfung abgeschlossen.

Das eröffnet die Chance auf ein Studium in Deutschland. In unserem Projekt „Geflüchtete helfen Geflüchteten“ gibt es Begleitung durch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die selbst alle einen Flucht-Migrationshintergrund haben. Sie unterstützen die erst vor kurzem Angekommenen bei studienvorbereitenden Sprachkursen bis hin zum Studienabschluss.

Welche zentralen Erfahrungen haben Sie gemacht – mit den geflüchteten Menschen, den Beschäftigten an der Uni, den Studierenden, der Bevölkerung, der Politik?

Ich war von Beginn an überwältigt, wie viele Menschen aus verschiedensten Schichten sich engagiert haben. Egal, ob es um die Kleidersammlung ging oder die Essensausgabe. Die Menschen haben angepackt, mit viel Solidarität und Empathie. Das fand ich beeindruckend, und das hat mich motiviert, diesen Weg weiterzugehen – gegen Hetzer und Brandstifter. Ich habe auch viel Kritik bis hin zu persönlichen Beleidigungen erhalten, doch damit kann ich umgehen. Deshalb kann man das Engagement aller Helferinnen und Helfer nicht hoch genug schätzen, denn sie waren auch da, als es Gegenwind gab. Die Politik ist aus meiner Sicht verpflichtet, dieses Engagement in feste Strukturen zu überführen.

Was hat Sie erstaunt?

Nicht erstaunt, sondern gefreut hat mich die klare Position, die Hochschulen in ganz Deutschland bezogen haben. Für Aufgeschlossenheit und Weltoffenheit, gegen Fremdenfeindlich und Nationalismus. Wir stehen für Meinungsvielfalt und internationalen Austausch, für diese Werte sind alle Hochschulen eingetreten. Das ist gerade für unsere demokratische Gesellschaft ganz wichtig. Wir müssen diese Werte verteidigen.

Was haben Sie aus dem Prozess gelernt, was würden Sie heute anders machen?

Ich war und bin davon überzeugt, dass es unsere Aufgabe als Universität ist zu helfen. Diese gesellschaftliche Verantwortung haben wir übernommen und dazu beigetragen, eine Willkommenskultur zu schaffen. Und wir würden es wieder tun. Material kann man ersetzen, hier geht es aber um Menschen. Wir haben die humanitäre Pflicht, ihnen zu helfen. ●

Interview: Annette Jensen

■ Kollektivstrategie gegen Elsevier

Dem Wissenschaftsverlag Elsevier laufen die Kunden davon: 16 Helmholtz-Institute haben die Aboverträge gekündigt, auch 70 deutsche Hochschulen ließen zu Jahresanfang ihre Verträge auslaufen. Mehrere Wissenschaftler*innen haben ihre Herausgeberschaft für Elsevier-Zeitschriften niedergelegt, darunter Wolfgang Marquardt, Vorstandsvorsitzender des Forschungszentrums Jülich, und Kurt Mehlhorn, Direktor am Max-Planck-Institut für Informatik in Saarbrücken. Elsevier erwirtschaftete im vergangenen Jahr eine Rendite von 40 Prozent. Seit Frühjahr 2016 verhandelt die Allianz der deutschen Wissenschaftsorganisationen unter dem Projektnamen „Deal“ mit großen Wissenschaftsverlagen über bundesweite Lizenzverträge für das gesamte Angebot elektronischer Zeitschriften. Sie wollen erreichen, dass die Preise gedeckelt werden und das Geschäftsmodell auf Open Access beruht. Während sich Elsevier bisher gar nicht bewegt, gibt es in den Verhandlungen mit Springer Annäherungen.

■ „Hugendubelisierung“ der ZLB

Ab Januar 2018 wird die „Hugendubel Fachinformation“ die Bücherauswahl der Berliner Zentral- und Landesbibliothek (ZLB) in sechs von sieben Fachgebieten übernehmen. Dazu organisierte die ver.di-Betriebsgruppe der ZLB zusammen mit dem Sozialpolitischen Arbeitskreis der Linken Ende Oktober eine Diskussionsveranstaltung. Der langjährige Lektor Peter Delin referierte über die Konsequenzen des Outsourcings. Ein ausführlicher Bericht findet sich auf der Seite der Betriebsgruppe.

<https://zlbbg.wordpress.com>

Im Bundestag dominieren Akademiker

So viele Menschen saßen noch nie im Bundestag: 709 Abgeordnete zählt das neue Parlament. 269 Parlamentarier*innen sind zum ersten Mal dabei. Die Voraussetzungen für ein repräsentatives Abbild der Bevölkerung wären also im Prinzip gut. Tatsächlich aber ist die demografische und sozioökonomische Zusammensetzung der Volksvertretung deutlich verzerrt.

VON MICHAEL NIEDWOROK

Wenig überraschend liegt das Durchschnittsalter im Bundestag fast unverändert bei 49,4 Jahren und damit etwas über dem Schnitt der deutschen Bevölkerung mit 44,2 Jahren. Drastisch gesunken ist dagegen der Frauenanteil – und das trotz der zahlreichen Debatten über Gleichstellung und Quoten in Führungspositionen. Nur noch 30,7 Prozent (218) der Abgeordneten sind weiblich, in der vergangenen Legislaturperiode waren es immerhin 36,5 Prozent gewesen. Am wenigsten Frauen sitzen in den Fraktionen der rechtsnationalen AfD (10,6 Prozent), der FDP (22,5 Prozent) sowie bei CDU/CSU (25,9 und 20,1 Prozent). Ein Gegengewicht bilden SPD (42 Prozent), DIE LINKE (54 Prozent) und Bündnis 90/Die Grünen (58 Prozent), wo es Frauenquoten gibt. Der aktuelle Deutsche Bundestag ist damit so männlich geprägt wie zuletzt 1998.

Die größte Berufsgruppe sind weiterhin Jurist*innen (148 Abgeordnete). 30 Abgeordnete sind oder waren Lehrer*innen. Akademiker*innen sind überproportional vertreten: 81 Prozent

geben auf der Bundestags- oder ihrer Abgeordnenseite an, eine akademische Ausbildung zu haben. In der Gesamtbevölkerung ab 15 Jahren beträgt der Akademiker*innenanteil laut Statistischem Bundesamt lediglich 14 Prozent. Nur zehn gelernte Landwirte sowie 33 Handwerker*innen und Facharbeiter*innen sind im Bundestag vertreten.

Am 24. Oktober 2017 trat der neue Bundestag erstmals zusammen. Das Gros der Arbeit findet in Ausschüssen statt – und wird durch die Größe des Parlaments noch zunehmen. Weil die Koalitionsverhandlungen zum Zeitpunkt des Redaktionsschlusses aber noch liefen, war auch der Zuschnitt der Fachausschüsse noch unklar, die sich an den Ressortzuständigkeiten in der Regierung orientieren. Folglich sind auch die Aufgaben innerhalb der Fraktionen noch nicht verteilt.

Während der Sondierungsgespräche zur Bildung einer Jamaika-Koalition zettelten Vertreter*innen der Wirtschaft und anderer Interessensgruppen bereits lautstark eine Debatte über eine Deregulierung des Arbeitstages an. Beim Thema Lobbyismus bricht der 19. Bundestag ebenfalls bisherige Rekorde: 865 Lobbyist*innen erhielten laut Bundestagsverwaltung einen Hausausweis, das sind 159 mehr als zum Ende der vorangegangenen Wahlperiode. 2.311 Verbände sind als Interessensvertretungen registriert. Für die Gewerkschaften könnte es damit schwieriger werden, im Vielklang der Stimmen Gehör zu finden.

Dass damit allerdings Themen der Arbeitnehmer*innen unter die Räder des parlamentarischen Betriebs kommen müssen, ist nicht zu befürchten. Denn SPD und Linkspartei haben bereits erste Gesetzgebungs-Initiativen eingereicht. So fordert die Linksfraktion die Abschaffung des Kooperationsverbots in der Bildung, die Stärkung von Rente und Pflege sowie die Einführung eines Lobby-Registers. Die SPD im Bundestag setzt sich gegen die Aufweichung des Mindestlohns und für den Erhalt der Stahlstandorte in Deutschland ein. ●

Angaben zu Ausbildung und Beruf der Abgeordneten basieren auf Selbstauskünften der Abgeordneten; die Zahlen zu Hausausweisen und registrierten Verbänden stammen aus einer Anfrage der Wirtschaftswoche an die Bundestagsverwaltung.

Foto: W. Wohlers



Abitur bestanden – und nun?

Unsicher und orientierungslos? Nicht schlimm, denn „Probieren geht über Studieren“. Die Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg (FAU) nimmt das alte Sprichwort wörtlich und hat an der Naturwissenschaftlichen Fakultät erstmals ein Orientierungsstudium eingerichtet. Mit den „Modulstudien Naturale“ möchte die Fakultät junge Menschen erreichen, die in ihrer Studien- und Berufswahl noch nicht festgelegt sind, sich aber generell für Naturwissenschaften interessieren.

VON FRANK DZIOMBA

Viele Schulabsolvent*innen sind prinzipiell neugierig auf Naturwissenschaften oder auch Mathematik – doch weitverbreitet ist die Unsicherheit, ob die eigenen Qualifikationen und Kompetenzen für ein Studium reichen oder welche Richtung passend ist. Biologie, Chemie, Physik und Mathematik kennen alle aus der Schule – doch an der Universität gibt es viele weitere Studiengänge, unter denen sich Außenstehende zunächst oft nur wenig vorstellen können.

In Erlangen widmen sich rund 5.600 Studierende und 130 Professor*innen den Naturwissenschaften. Unter den insgesamt 18 Bachelor- und Lehramtsstudiengängen gibt es die „Klassiker“, aber auch weniger geläufige Fachrichtungen wie etwa die Molecular Sciences, die Integrated Life Sciences oder die Techno- und Wirtschaftsmathematik. „Viele setzen sich intensiv mit dem breiten Angebot auseinander, sind am Ende aber trotzdem nicht sicher“, sagt Prof. Dr. Rupert Bäumler, Sprecher der Studiendekane der Naturwissenschaftlichen Fakultät. „Hier möchten wir Mut machen, sich einfach mit Spaß und ohne viel Druck an die naturwissenschaftlichen und mathematischen Fragestellungen heranzuwagen.“ Die neuen „Modulstudien Naturale“ bieten innerhalb eines Semesters Einblick in die unterschiedlichen naturwissenschaftlichen Fachrichtungen und in den großen Fächerkanon.

„Es gibt zwar viele Studentinnen in den Fächern Biologie und Chemie, aber in den anderen Fachrichtungen möchten wir den bisherigen Frauenanteil deutlich erhöhen,“ berichtet Judith



Foto: Milena Röhrs

Mentor Christoph Schüsslbauer in Aktion

Holland vom Diversity Management der Universität. Im Wintersemester 2017/18 ist das Modulstudium zum ersten Mal angelaufen – unter den 40 eingeschriebenen Studierenden liegt der Frauenanteil bei 80 Prozent. Attraktiv ist das Angebot auch für qualifizierte Berufstätige wie Meister oder Absolvent*innen einer Fachschule, denn das „Naturale“ kann in Teilzeit studiert und auf zwei Semester ausgedehnt werden. Das gestufte Beratungssystem durch Studien-Service-Center, Fachberatung und Mentoring hilft, sich im universitären Alltag zurechtzufinden.

Das Studium und die Prüfungen basieren auf dem European Credit Transfer System (ECTS), das die Arbeitsbelastung definiert. Im Wahlpflichtbereich besuchen die Studierenden ausgesuchte reguläre Modulangebote aus den ersten beiden Bachelor-Semestern. Werden Prüfungen belegt, können sie nach der Einschreibung angerechnet werden, so dass sich die spätere Prüfungslast reduziert. Zum Abschluss erhalten die Studierenden bei Erwerb von 30 ECTS insgesamt und mindestens 15 ECTS im Wahlpflichtbereich ein Zertifikat. Dies ist für diejenigen wichtig, die sich gegen ein naturwissenschaftliches Studium entscheiden. Sie gelten nicht als „Studienabbrecher“, sondern der Lebenslauf kann lückenfrei dokumentiert werden. ●

INTERNATIONAL

■ Brandbrief zur Lage der Menschheit

Mehr als 15.000 Wissenschaftler*innen aus 184 Ländern haben einen offenen Brief unterschrieben, in dem die größten Gefahren für das Leben auf der Erde aufgezählt werden. Der Aufruf wurde auf der Seite des Online-Wissenschaftsjournals „BioScience“ veröffentlicht. Der Brandbrief warnt davor, dass die Menschheit kurz vor einer ökologischen Katastrophe steht. Außer auf den Klimawandel verweist er auf das massenhafte Artensterben, die Entwaldung und den Ressourcenverbrauch. Ein erster derartiger Aufruf war vor 25 Jahren veröffentlicht worden; damals unterschrieben ihn mehr als 1.700 Wissenschaftler*innen, darunter Nobelpreisträger. Nun entschieden viele von ihnen, eine erneute dringende „Warnung an die Menschheit“ herauszugeben – die Lage hat sich weiter dramatisch zugespitzt.

<https://de.sputniknews.com/wissen/20171114318297006-erde-kollaps-wissenschaftler-brandbrief-menschheit/>

■ Türkischen Exilant*innen gründeten virtuelle Hochschule

Über 5700 Wissenschaftler*innen wurden in der Türkei gefeuert – ein Notstandsdekret war die Grundlage dafür, sie aus den Hochschulen zu entfernen. Viele sind ins Ausland geflohen. Eine Exilant*innengruppe hat im Sommer 2016 eine virtuelle Hochschule gegründet. Die Vorträge sind für die Studierenden kostenlos, wer sich einschreibt, kann auch an Seminaren und Diskussionen teilnehmen. Ziel ist es, mittelfristig ein Studienprogramm zu etablieren, das auch den Erwerb von akademischen Abschlüssen ermöglicht.

<https://barisicinakademisyenler.net/English>

■ ver.di-Kongress zu denen, die den Betrieb am Laufen halten

Bei einer gemeinsamen Tagung von TU Berlin und ver.di haben mehr als 150 Teilnehmer*innen Mitte November über die Arbeits- und Beschäftigungssituation in den wissenschaftsunterstützenden Bereichen an Hochschulen diskutiert. Grundlage hierfür bildete eine neue Studie (siehe nebenstehenden Text). Die Anwesenden – überwiegend selbst Hochschulbeschäftigte – bestätigten die Analysen der Forscher*innen und ergänzten die Befunde durch eigene Erfahrungen. Bei der Veranstaltung wurde deutlich, dass erfolgreiche Organisationsreformen ein stimmiges Personalentwicklungskonzept benötigen, das auch die Karrierewege von Beschäftigten in Sekretariaten, Laboren, Bibliotheken und weiteren wissenschaftsunterstützenden Bereichen in den Blick nimmt.

■ Kritik an LHG-Novelle in Baden-Württemberg

ver.di kritisiert den Gesetzesentwurf zur Novellierung des Landeshochschulgesetzes in Baden-Württemberg, mit dem die Regierung auf ein Urteil des Verfassungsgerichtshofs reagiert. Er bedeutet eine deutliche Verschlechterung der Partizipation aller Mitgliedsgruppen an den Entscheidungsprozessen der Hochschule und damit eine Beeinträchtigung der demokratischen Hochschulkultur. Die Gruppe der Professor*innen soll auf Kosten aller anderen Gruppen inklusive der Leitung gestärkt werden – was die Richter in ihrer Entscheidung keineswegs verlangt hatten.

Die zuständige Landesfachbereichsleiterin Annelie Schwaderer fordert die Regierung auf nachzujustieren.

Hochschule ist mehr als Wissenschaft

Die Hochschulen in Deutschland befinden sich seit den 1990er Jahren in einem tiefgreifenden Wandlungsprozess: Stichworte sind Bologna-Prozess und Digitalisierung, Hochschulsteuerung und -finanzierung. Hinzu kommt eine stetig wachsende Zahl von Studierenden und wissenschaftlichen Mitarbeiter*innen. Von all diesen Veränderungen sind die Beschäftigten in Verwaltung, Haustechnik, Bibliotheken, Laboren und Management direkt oder indirekt betroffen. Nun gibt es erstmals eine fundierte Untersuchung über sie.

VON ULF BANSCHERUS

Rund 160.000 Menschen, überwiegend weiblich, arbeiten als wissenschaftsunterstützendes Personal an deutschen Hochschulen. Zwar wuchs die Zahl der Beschäftigten seit 2007 – allerdings nicht im gleichen Maße wie die Zahl der Studierenden und des wissenschaftlichen Personals. Außerdem ist hier jede vierte Stelle befristet. Die Teilzeitquote liegt bei 38 Prozent; mindestens ein Drittel würde gerne länger arbeiten als vertraglich festgelegt.

Ein Großteil des wissenschaftsunterstützenden Personals hat in den vergangenen Jahren eine

Arbeitsintensivierung und -verdichtung sowie gestiegene inhaltliche Anforderungen wahrgenommen, ist aber dennoch überwiegend zufrieden mit der beruflichen Situation. In den Bibliotheken spielen Digitalisierungsprozesse – z. B. Einführung von RFID-Technologie oder Bereitstellung elektronischer Medien – eine zentrale Rolle. Das hat zur Herausbildung neuer Aufgabengebiete geführt und zugleich die Sorge vor Rationalisierungsmaßnahmen befeuert. Verwaltungsangestellte erleben Arbeitsverdichtung durch mehr Studienbewerbungen und eine höhere Prüfungsdichte. Zwar haben sich ihre Entscheidungsspielräume erweitert, aber auch die individuelle Verantwortung hat zugenommen.

Viele Beschäftigte sehen ihre Arbeit nicht ausreichend gewürdigt. Hochschulsekretärinnen empfinden ihre Tätigkeiten heute zwar als interessanter als früher, weil sie selbst viel organisieren müssen. Doch in ihrer Bezahlung spiegelt sich das nicht wider – und es gibt keine Aufstiegschancen. „Man macht halt jetzt die Arbeit, weil man so viele Erfahrungen hat, aber man tritt bei der Eingruppierung auf der Stelle und wird da auch nicht höher kommen,“ so eine Befragte.

Oft werden die Beschäftigten nicht ausreichend in anstehende Neuerungen wie die Einführung von Campus-Management-Systemen einbezogen. Die Auswahl treffen meist zentrale Arbeitsgruppen mit Hilfe externer Berater*innen – das Ergebnis kommt weitgehend ohne die Beteiligung der „Umsetzenden“ zustande. Diese werden häufig vor vollendete Tatsachen gestellt und müssen versuchen, die realen Abläufe mit den technischen Vorgaben in Einklang zu bringen. Das führt nicht selten zu Frust – und zu Fehlern, die dann den Beschäftigten angelastet werden.

Insgesamt zeigt die Studie eindrücklich, dass Hochschulpolitik, -entwicklung und -forschung gut daran täten, den Beschäftigten in wissenschaftsunterstützenden Bereichen mehr Aufmerksamkeit zu widmen. ●

Die Studie im Internet:

http://www.boeckler.de/pdf/p_study_hbs_36_2.pdf

Foto: Werner Bachmeier



Ohne Laborpersonal kann keine medizinische Wissenschaft stattfinden

Ab Januar kann gestreikt werden

Foto: Chr. v. Polentz



16 Jahre lang hat es keine Lohnerhöhung gegeben, nun ist der Tarifvertrag für studentische Beschäftigte an den Berliner Hochschulen gekündigt. Sie hatten zwei Jahre lang darauf hingearbeitet, den gewerkschaftlichen Organisationsgrad zu erhöhen – alles andere als ein Selbstläufer in einem Feld, in dem es prinzipiell nur befristete Arbeitsverträge gibt und die reguläre Erstvertragsdauer zwei Jahre beträgt. Doch der dadurch immer wieder notwendige Generationenwechsel innerhalb der Kampagne macht Franziska Hamann-Wachtel, ehrenamtliche ver.di-ane-rin und Mitglied der Tarifkommission, keine Angst: „Es funktioniert. Bei jedem Treffen kommen neue interessierte Kolleg*innen. Das Wort Streik beflügelt die Leute. Aber auch die Arbeit der letzten beiden Jahre zeigt ihre Wirkung: Wir sind präsent!“

VON CHRISTIAN KEIL

Ein erster Versuch war 2011 aufgrund des geringen Organisationsgrads gescheitert – aus dieser Erfahrung haben die Initiator*innen der aktuellen Kampagne gelernt. „Bevor überhaupt zu Verhandlungen aufgefordert wurde, lief die Aktion Orga-grad 1000+“, berichtet Franziska. Studierende, die schon einen Gewerkschaftsausweis hatten, machten Bürorundgänge und führten unzählige Einzelgespräche mit ihren Kommiliton*innen. So gelang es, tausend neue Gewerkschaftsmitglieder unter den studentischen Beschäftigten zu gewinnen. „Durch sanften Druck auf die Parteien schafften wir es mit unserer Kampagne in den Koalitionsvertrag des rot-

rot-grünen Senats und in die Hochschulverträge,“ beschreibt Franziska die Fortsetzung der Strategie.

Im November 2016 wurde dann eine 18-köpfige gemeinsame Tarifkommission von ver.di und GEW gewählt, zum Jahreswechsel folgte die Aufforderung an die Arbeitgeber*innen zu Verhandlungen. Während der ersten Runden zeigte sich schnell die Blockadehaltung der Hochschulen: Die Verantwortlichen sehen bis heute bei einem Großteil der 14 Forderungen keinen Gesprächs- und Verhandlungsbedarf. Auch bei der Lohnforderung legte die Arbeitgeber*innenseite kein verhandelbares Angebot vor. Den Aktiven wurde klar, dass sie mehr Druck aufbauen mussten.

Immer wenn Verantwortungsträger*innen die Hochschule bei öffentlichen Veranstaltungen repräsentierten, war nun auch die Tarifinitiative präsent. Lautstark und sichtbar mit Parolen, Pfeifen, Plakaten und Transparenten nahmen sich die studentischen Beschäftigten den Raum – so auch beim 5. nationalen MINT-Gipfel an der Technischen Universität (MINT steht für Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft, Technik). Nach der Eröffnungsrede kaperten eingeschleuste Aktive die Bühne, gleichzeitig strömten etwa hundert Leute von außen ins Audimax. Sie hinderten den TU-Präsidenten daran, seinen Eingangsvortrag zu halten und zwangen ihn zum Gespräch.

Bei solchen Aktionen zeigten sich die Verantwortlichen meist kompromissbereit, doch zum Durchbruch am Verhandlungstisch kam es nicht. Trotzdem hatten die vielen Störaktionen ihren Nutzen, ist Franziska überzeugt: „An den Hochschulen wird über uns geredet. Selten trifft man Studierende, die noch nichts von uns gehört haben.“ Zudem habe man einen Vorgeschmack auf den kommenden Winter geliefert. Zum Jahreswechsel läuft der Tarifvertrag aus – dann kann gestreikt werden. Die studentische Beschäftigte Laura Haßler, ebenfalls Mitglied der Tarifkommission, ist optimistisch: „Die Hochschulen wissen jetzt, dass wir es ernst meinen. Wir warten auf ein wesentlich besseres Angebot, während wir weiter den Druck erhöhen. Derweil läuft die Mobilisierung für einen möglichen Streik im Januar.“ ●

■ Mindestlohn in der Weiterbildung steigt weiter

Zum 1. Januar 2018 wird der Stundenlohn für Beschäftigte in der SGB II/III finanzierten Weiterbildung um 4,5 Prozent von derzeit 14,60Euro auf 15,26 Euro erhöht. Das Kabinett im Deutschen Bundestag hatte im November entschieden, den zwischen ver.di/GEW und dem Bildungsverband abgeschlossenen Mindestlohntarifvertrag für allgemeinverbindlich zu erklären. Im Januar 2018 starten die Tarifverhandlungen über den Mindestlohn, der ab 2019 gelten soll.

■ Weiterbildner*innen stellen sich strategisch auf

Wie gehen wir strategisch vor, um erfolgreich Standards in Tarifverträgen durchzusetzen und welchen Grundsätzen folgen wir dabei? Diese Frage beschäftigte am 9. September 2017 ehren- und hauptamtliche Kolleg*innen in einem Workshop über die künftige Tarifstrategie in der Weiterbildung. Die Diskussion wird nun in den Gliederungen des Fachbereiches fortgesetzt, bevor in einer weiteren Veranstaltung im kommenden Jahr das Ergebnis zusammengefasst wird. Unstrittig ist, dass eine gewerkschaftliche Machtbasis DIE entscheidende Voraussetzung für erfolgreiche Tarifarbeit ist und sich die Tarifstrategie in der Weiterbildung darauf ausrichten muss.

■ 823.000 Menschen bekommen BAföG

Die Zahl der BAföG-Empfänger*innen ist von 2015 auf 2016 um 5,5 Prozent zurückgegangen. Das teilte das Statistische Bundesamt mit. Damit setzte sich ein Trend der vergangenen Jahre fort. Unter den Geförderten waren im vergangenen Jahr rund 239.000 Schüler*innen und 584.000 Studierende.

Entgeltordnung TV-L wird überarbeitet



Gut gerüstet für hitzige Diskussionen

Die Themen Flucht, Asyl und Migration sorgen weiterhin für hitzige Diskussionen auf vielen gesellschaftlichen Ebenen.

Um gegen Stammtischparolen Fakten und Argumente parat zu haben, hat ver.di zusammen mit PRO ASYL, der Amadeu Antonio Stiftung und der IG Metall die Broschüre „Pro Menschenrechte. Contra Vorurteile“ erarbeitet. Sie kann – auch in größeren Mengen – bestellt werden bei

migration@verdi.de. ●

Vom Altenpfleger bis zur Gärtnerin, vom Sachbearbeiter bis zur Zahntechnikerin – wo jemand im öffentlichen Dienst (öD) der Länder eingruppiert ist, legen hunderte von Merkmalen der Entgeltordnung (EGO) fest. Sie ist Bestandteil des Tarifvertrags der Länder (TV-L). Insgesamt gibt es im öD drei Tarifwerke. Die EGO TV-L für den Länderbereich wurde bereits 2011 abgeschlossen und ist damit die älteste. Mit Bund und Kommunen konnten seither eigene Regelungen vereinbart werden, die teils spürbar günstiger für die Beschäftigten sind. Grund genug also, die EGO TV-L zu überarbeiten.

Dass das geschehen soll, haben Tarifgemeinschaft der Länder (TdL) und ver.di dieses Jahr tatsächlich vereinbart. Seit September laufen die Verhandlungen. Das Ziel ist ehrgeizig: Bis zur nächsten Tarifrunde 2019 soll es eine Einigung zur EGO geben.

In fünf Arbeitsgruppen sitzen sich Vertreter*innen von ver.di und der TdL gegenüber und sondieren, wie weit die Veränderungsbereitschaft geht. Wenig überraschend, ist die Gewerkschaft dabei zuständig für Forderungen, die TdL eher für Bedenken. Noch ist nicht absehbar, wie viel sich letztlich bewegt. Allzu Umwälzendes sollte man

angesichts der bestehenden Friedenspflicht allerdings nicht erwarten.

Das vordringliche Ziel ist aber klar: Die Fortschritte bei Bund und Kommunen sollen endlich auch den Landesbeschäftigten zugutekommen. Schon das wäre keine Kleinigkeit, besonders für die Mitglieder in unserem Fachbereich, denn das hieße etwa:

- Stufengleiche Höhergruppierung
- Ein Ende der so genannten „kleinen“ Entgeltgruppe 9 (EG9) mit ihren verlängerten Stufenlaufzeiten und 4 Erfahrungsstufen; stattdessen eine vollwertige Entgeltgruppe 9a
- Eine Überführung der Bibliotheksbeschäftigten aus dem Spezialteil in die wesentlich günstigeren allgemeinen Tätigkeitsmerkmale.

Ein besonderes Anliegen der Kolleg*innen aus den Studierendenwerken ist zudem, dass niemand mehr in die (niedrigste) EG 1 kommt.

Unsere ehrenamtlichen Expert*innen in den Arbeitsgruppen setzen alles daran, das und vielleicht noch etwas mehr „rauszuholen“. Drücken wir ihnen – und uns – die Daumen! ●

Matthias Neis/Klaus Böhme



Seminare/Veranstaltungen bis zum Herbst 2018

10. bis 12. Januar 2018 Gladenbach	Vielfalt und Respekt in Betrieb und Dienststelle
7. bis 9. Mai 2018 ver.di Jugendbildungszentrale Naumburg	JAV spezial: Dual Studierende
23. bis 25. Mai 2018 Walsrode	Neu im Betriebsrat?!
28. Mai bis 1. Juni 2018 Undeloh	Alter(n)sgerechtes Arbeiten
11. bis 13. Juni 2018 Bad Soden-Salmünster, Landhotel Betz	Coaching für Betriebs-/Personalratsvorsitzende
2. bis 4. Juli 2018 Bad Soden-Salmünster	Digitalisierung der Arbeit – Chancen und Risiken für Frauen!?
3. bis 7. September 2018 ver.di-Bildungszentrum Bielefeld	Wirtschaftspolitische Sommerschule im Bunten Haus In Kooperation mit der AG „Alternative Wirtschaftspolitik“
3. bis 7. September 2018 ver.di-Bildungszentrum Bielefeld	Arbeiten 24/7 oder flexible Freizeit? Wie Digitalisierung unsere Arbeit und unser Leben entgrenzt

Viele weitere Seminare auf: <https://bildungsportal.verdi.de/>

Hurra, endlich geschafft!

Endlich – das Wirtschaftspersonal des Studierendenwerkes Kaiserslautern wird höhergruppiert. Es waren zähe, lange Verhandlungen zwischen ver.di und dem Forschungs- und Bildungsministerium. Seit dem 1. Oktober 2017 sind wir nun in Entgeltgruppe 2 des TV-L.

Ich möchte mich kurz vorstellen: Ich heiße Beate Egelhof, bin 58 Jahre alt, verheiratet, zwei Kinder und Hauswirtschaftsmeisterin. Ich habe am 1. September 2005 im Studierendenwerk Kaiserslautern in der Mensa als Küchenhilfe in Teilzeit (Saison befristet) angefangen. Mein Tabellenentgelt in der Lohngruppe 1 Nr. 6.4 betrug damals 797,83 Euro brutto.

Nachdem 2007 der neue TV-L in Kraft getreten war, wurden alle Mitarbeiter*innen in die neuen Entgeltgruppen übergeleitet. Wer mindestens fünf Jahre Betriebszugehörigkeit nachweisen konnte, wurde in die Entgeltgruppe 3 eingruppiert, die anderen kamen in die Entgeltgruppe 1 Stufe 2. Jetzt betrug mein Tabellenentgelt 659,49 Euro brutto. Diese finanzielle Schlechterstellung raubte mir und den mitbetroffenen Kolleginnen die Motivation. Frust, Ärger und Neid unter uns Kolleginnen waren vorprogrammiert: Alle Frauen in der Mensa verrichten rotierend die gleichen Tätigkeiten – aber mit unterschiedlicher Bezahlung. Unsere Geschäftsführung meinte dazu nur: Das habt ihr eurer Gewerkschaft zu verdanken.

Da mir die Tätigkeit und die Anforderungen in unserer Großküche mit täglich 5000 Essen gut gefielen und ich ein gutes Verhältnis mit meinen Kolleginnen habe, bin ich geblieben. 2008 wurde mein befristeter Arbeitsvertrag in einen unbefristeten umgewandelt; das freute mich sehr.

Als 2009 Personalratswahlen anstanden, kam die damalige Vorsitzende auf mich zu. Meine erste Reaktion war: „Ich? O je, das kann ich nicht“. Nach einigen Informationen war aber meine Neugierde geweckt, und ich ließ mich aufstellen. Zu meiner Überraschung wurde ich gewählt. Ich besuchte von ver.di organisierte Seminare, lernte viel über Personalratsarbeit und stellte fest: Hier bin ich richtig, hier habe ich



Foto: Kartin Egelhof

Beate Egelhof

die Möglichkeit, für mich und meine Kolleg*innen ein wenig Gerechtigkeit zu erlangen. Ein wichtiger Punkt war für mich immer die ungleiche Entgeltgruppe 1.

2013 wurde ich erste stellvertretende Personalratsvorsitzende – und freigestellt. Meine Hoffnung wuchs, dass ich Gutes für uns Mitarbeiter*innen bewirken könnte. Ich baute mir ein gutes Netzwerk auf mit der ver.di-Landesbezirksfachbereichsleitung und dem Personalrat vom Studierendenwerk in Mainz. Ich bin ihnen sehr dankbar, dass sie mir in schwierigen Fällen immer mit gutem Rat weiterhalfen. Wir Personalratsmitglieder erarbeiteten eine „Richtlinie für ein respektvolles Miteinander“ und demonstrierten für Gehaltserhöhungen für unsere Erzieher*innen – und bei jedem Zusammentreffen mit der Gewerkschaft wiesen wir auf die ungleiche Entgeltgruppe 1 hin. Nicht nur der zu geringe Lohn, auch die Stufenlaufzeit von vier Jahren bei der Arbeitszeit ist eine Frechheit, denn eine Saisonarbeiterin braucht fast acht Jahre, um auf vier Jahre Arbeitszeit zu kommen.

Ich habe über die Jahre in meiner Personalratsarbeit vieles gelernt, vor allem: Man muss dran bleiben und nie die Hoffnung verlieren. Und siehe da, welch freudige Überraschung! Über die Nachricht der Höhergruppierung in die Entgeltgruppe 2, Stufe 2 zum 1. Oktober 2017 haben ich und meine Kolleg*innen uns riesig gefreut. Ich bekomme jetzt für meine Teilzeitstelle 1.072,92 Euro. An dieser Stelle hat sich ver.di und ganz besonders Peter Schmitt ein dickes Lob verdient. Für uns ist dies ein Zeichen der Wertschätzung und Motivation. Unsere Geschäftsführung konnte die Freude – aus verständlichen Gründen – leider nicht so ganz mit uns teilen. Umgekehrt betrachtet hat der Betrieb in den vergangenen zehn Jahren viel Lohn eingespart. ●

Beate Egelhof

P O R T R Ä T



Foto: Privat

Rainer Lübke

■ Vom Kritiker zum Überzeugungstäter

...so lässt sich Rainer Lübkes gewerkschaftlicher Werdegang umreißen. Am Niederrhein aufgewachsen tat er sich frühzeitig als Schülersprecher hervor. Seine Mitschüler*innen goutieren das – anders als der Lehrkörper. Organisationen wie Parteien, Kirchen, aber auch Gewerkschaften stand Rainer lange sehr kritisch gegenüber. Erst nachdem er Industriekaufmann gelernt und Sozialarbeit und -pädagogik studiert hatte, trat er Ende der 80er Jahre dann doch ein.

1989 wurde er Dozent in der beruflichen Weiterbildung bei der DAA, wo er sich seit dem Jahr 2000 als Betriebsratsmitglied und -vorsitzender in Schleswig-Holstein engagiert und inzwischen auch Mitglied vom Gesamtbetriebsausschuss ist. Auch bei ver.di ist Rainer hochaktiv: Seit vielen Jahren gehört er dem Bundesfachbereichsvorstand an, ist Sprecher der AG Weiterbildung und Mitglied der Bundestarifkommission Weiterbildung. Dabei lässt er sich stets leiten von seinem Credo: Ohne starke Gewerkschaften haben die Menschen, deren einziges Kapital ihre Arbeitskraft ist, in einer kapitalistischen, zunehmend globalisierten und neoliberalen Welt keine Chance, ein selbstbestimmtes Leben in Arbeit und Alter zu führen. Wie wahr, Rainer, weiter so! ●

Klaus Böhme



Bitte abtrennen und im Briefumschlag schicken an: Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft · Fachbereich 5 · Bildung, Wissenschaft und Forschung · 10112 Berlin



BEITRITTSERKLÄRUNG
https://mitgliedwerden.verdi.de/

<p>Titel/Vorname/Name _____</p> <p>Straße _____ Hausnummer _____</p> <p>PLZ _____ Wohnort _____</p> <hr/> <p>Beschäftigungsdaten</p> <p><input type="checkbox"/> Arbeiter/in <input type="checkbox"/> Beamter/in <input type="checkbox"/> freie/r Mitarbeiter/in <input type="checkbox"/> Angestellte/r <input type="checkbox"/> Selbständige/r <input type="checkbox"/> Erwerbslos</p> <p><input type="checkbox"/> Vollzeit <input type="checkbox"/> Teilzeit, Anzahl Wochenstunden: _____</p> <p><input type="checkbox"/> Azubi-Volontär/in-Referendar/in <input type="checkbox"/> Schüler/in-Student/in (ohne Arbeitseinkommen) bis _____ bis _____</p> <p><input type="checkbox"/> Praktikant/in <input type="checkbox"/> Altersteilzeit bis _____ bis _____</p> <p><input type="checkbox"/> Ich bin Meister/in-Techniker/in-Ingenieur/in <input type="checkbox"/> Sonstiges: _____</p>	<p>Staatsangehörigkeit _____</p> <p>Telefon _____</p> <p>E-Mail _____</p> <hr/> <p>Bin/war beschäftigt bei (Betrieb/Dienststelle/Firma/Filiale) _____</p> <p>Straße _____ Hausnummer _____</p> <p>PLZ _____ Ort _____</p> <p>Branche _____</p> <p>ausgeübte Tätigkeit _____</p> <p>monatlicher Bruttoverdienst _____ Lohn-/Gehaltsgruppe o. Besoldungsgruppe _____ Tätigkeits-/Berufsjahre o. Lebensalterstufe _____ € _____</p>	<p>Ich möchte Mitglied werden ab <table border="1" style="width: 100%; text-align: center;"> <tr><td>0</td><td>1</td><td>2</td><td>0</td></tr> </table> Geburtsdatum <table border="1" style="width: 100%; text-align: center;"> <tr><td> </td><td> </td><td> </td><td> </td></tr> </table> </p> <p>Geschlecht <input type="checkbox"/> weiblich <input type="checkbox"/> männlich</p> <hr/> <p>Ich wurde geworben durch: Name Werber/in _____</p> <p>Mitgliedsnummer _____</p> <p>Ich war Mitglied in der Gewerkschaft von _____ bis _____</p> <p>Monatsbeitrag in Euro Der Mitgliedsbeitrag beträgt nach § 14 der ver.di-Satzung pro Monat 1 % des regelmäßigen monatlichen Bruttoverdienstes, jedoch mind. 2,50 Euro.</p>	0	1	2	0				
0	1	2	0							
<p><small>Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft Gläubiger-Identifikationsnummer: DE61ZZZ00000101497 Die Mandatsreferenz wird separat mitgeteilt.</small></p> <p><small>gezogenen Lastschriften einzulösen. Hinweis: Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.</small></p> <p><small>SEPA-Lastschriftmandat Ich ermächtige ver.di, Zahlungen von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von ver.di auf mein Konto</small></p> <p><small>Zahlungsweise <input type="checkbox"/> monatlich <input type="checkbox"/> vierteljährlich <input type="checkbox"/> zur Monatsmitte <input type="checkbox"/> halbjährlich <input type="checkbox"/> jährlich <input type="checkbox"/> zum Monatsende</small></p> <p><small>Datenschutz Die mit diesem Beitrittsformular erhobenen personenbezogenen Daten, deren Änderungen und Ergänzungen werden ausschließlich gem. § 28 Abs. 9 Bundesdatenschutzgesetz (BDSG) erhoben, verarbeitet und genutzt. Sie dienen dem Zweck der Begründung und Verwaltung ihrer Mitgliedschaft. Eine Datenweitergabe an Dritte erfolgt ausschließlich im Rahmen dieser Zweckbestimmung und sofern und soweit diese von ver.di ermächtigt oder beauftragt worden sind und auf das Bundesdatenschutzgesetz verpflichtet wurden. Ergänzend gelten die Regelungen des Bundesdatenschutzgesetzes in der jeweiligen Fassung.</small></p>										
<p>Titel/Vorname/Name vom/von Kontoinhaber/in (nur wenn abweichend) _____</p> <p>Straße und Hausnummer _____</p> <p>PLZ _____ Ort _____</p> <hr/> <p>Nur für Lohn- und Gehaltsabzug! Personalnummer _____</p> <p><small>Einwilligungserklärung zum Lohn-/Gehaltsabzug in bestimmten Unternehmen: Ich bevollmächtige die Gewerkschaft ver.di, meinen satzungsgemäßen Beitrag bis auf Widerruf im Lohn-/Gehaltsabzugsverfahren bei meinem Arbeitgeber monatlich einzuziehen. Ich erkläre mich gemäß § 4a Abs. 1 und 3 BDSG einverstanden, dass meine diesbezüglichen Daten, deren Änderungen und Ergänzungen, zur Erledigung aller meine Gewerkschaftsmitgliedschaft betreffenden Aufgaben im erforderlichen Umfang verarbeitet und genutzt werden können.</small></p>										
<p>Ort, Datum und Unterschrift X _____</p>										